

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage Nr. 1569  
des Abgeordneten Péter Vida  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe  
Drucksache 6/3794

### **Befürchteter unkontrollierter Wildwuchs bei der Planung, Genehmigung und Errichtung von Windenergieanlagen (WEA)**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Zusehends erhöht sich die Anzahl geplanter bzw. errichteter Windkraftanlagen. Dabei geraten auch immer mehr Waldgebiete und Landschaftsschutzgebiete ins Visier von Investoren und Planern. Daher wenden sich Bürger mit der Sorge vor der zunehmenden „Verspargelung“ der Landschaft und der weiteren Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bürger an zahlreiche Landtagsabgeordnete. Seit über 8 Jahren befassen sich die entsprechend dem Raumordnungsgesetz und dem Gesetz zur Einführung der Regionalplanung gebildeten fünf Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) fast ausschließlich mit Teilplänen zur weiteren Ausweisung von Windenergieeignungsflächen. Diese Einschränkung widerspricht den Rechtsgrundlagen zur Pflichtaufgabe der Regionalplanung: Regionalpläne als integrierte Pläne zu erarbeiten, die alle regionalplanerisch steuerbaren Inhalte umfassen (z. B. Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Natur- und Kulturlandschaftsraum).

Frage 1: Wie rechtfertigt die Landesregierung die einseitige Ausrichtung der Regionalen Planungsgemeinschaften auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten?

zu Frage 1: Regionalpläne können auch als sachliche bzw. räumliche Teilpläne aufgestellt werden. Für die Windenergienutzung besteht in Brandenburg wegen des besonders hohen Konfliktpotenzials ein vordringlicher Steuerungsbedarf. Deshalb stellen vier RPG vorrangig sachliche Teilpläne für die Windenergienutzung auf; mit Vorarbeiten für integrierte Regionalpläne wurde begonnen. In der fünften RPG liegt ein rechtswirksamer integrierter Regionalplan vor.

Frage 2: In welchem Umfang sind das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umweltschutz und Landwirtschaft (MLUL), das jetzige Landesamt für Umwelt (LfU) als Aufsichtsstellen auch für die Inhalte der Regionalen Teilpläne und auch für die konkreten Genehmigungen für den Bau von WEA verantwortlich?

zu Frage 2: Die genannten Behörden werden als Träger öffentlicher Belange im Aufstellungsverfahren für die Regionalpläne beteiligt. Für die Genehmigung der Regio-

nalpläne durch das MIL ist das Einvernehmen des MLUL erforderlich, sofern und soweit dessen fachliche Belange berührt sind. Die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren werden durch das Landesamt für Umwelt durchgeführt. Bei der Entscheidung über immissionsschutzrechtliche Genehmigungen sind Ziele der Regionalplanung zu beachten und Grundsätze zu berücksichtigen. Für die Neuausweisung von Eignungsgebieten und für die Genehmigung von Bauanträgen wird in einigen Fällen u. a. folgende raumordnerische Begründung vorgebracht: „... da die Umgebung bereits von raumbedeutsamen WEA geprägt ist und die Landschaft dadurch nur noch mittleren oder geringen Wert hat, steht der Ausweisung neuer Eignungsgebiete eben dort und dem weiteren Bau neuer, meist noch größerer WEA nichts im Wege...“ In den Kriterienkatalogen der RPG zur Windenergieplanung gibt es diesen Punkt aus nachvollziehbaren Gründen nicht.

Frage 3: Inwieweit ist diese Begründung mit den Vorgaben der Landesregierung und mit der Landesverfassung in Übereinstimmung zu bringen? Hält die Landesregierung eine solche Begründung für angemessen?

zu Frage 3: Für die Steuerung der Windenergienutzung erarbeiten die RPG gemäß der Rechtsprechung in mehreren Schritten ein Planungskonzept für die gesamte Planungsregion. Bestandteil ist ein Kriterienkatalog, um im ersten Schritt abstrakt jene Gebiete in der Planungsregion zu ermitteln, in denen eine Windenergienutzung aus rechtlichen bzw. tatsächlichen Gründen (sog. harte Tabuzonen) oder aus planerischen Erwägungen (sog. weiche Tabuzonen) pauschal ausgeschlossen wird. Im zweiten Schritt werden für die verbleibenden Gebiete konkret jene relevanten Belange ermittelt und abgewogen, die im Einzelfall für oder gegen eine Windenergienutzung sprechen; dazu kann auch die Prägung eines Landschaftsraumes zählen. Im Gesamtergebnis muss für privilegierte Windenergienutzung substantiell Raum bleiben. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (Entscheidung vom 24.02.2011 – Az. 2 A 2.09) hat im Übrigen festgehalten, dass eine Vorprägung durch vorhandene Windenergieanlagen auf eine außergewöhnliche Eignung des betreffenden Gebietes für die Windenergienutzung hindeuten könnte.

Frage 4: In welchen Genehmigungsverfahren seit 01.01.2009 wurde das geforderte gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB durch die Genehmigungsverfahrensstelle (damaliges LUGV) entsprechend § 70 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) ersetzt? Bitte als tabellarische Übersicht mit Datum und betroffener Gemeinde angeben.

zu Frage 4: Derartige Daten werden statistisch nicht erfasst und können daher nicht zur Verfügung gestellt werden.

Frage 5: In welchen dieser Fälle lag das Einvernehmen von Gemeinden zum Bau von WEA vor und wurde nur deshalb ersetzt, weil der Investor mehr und größere Anlagen bauen wollte (und dann auch konnte), als z. B. durch geltende Flächennutzungspläne bzw. Bebauungspläne der Kommunen vorgesehen waren?

zu Frage 5: Sofern das Einvernehmen der Gemeinde erteilt wurde, ist eine Ersetzung gem. § 70 Brandenburgische Bauordnung nicht erforderlich. Derartige Fälle existieren mithin nicht.

Frage 6: Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass mit der Rechtfertigung „Aktueller Stand der Technik“ Vorgaben aus Flächennutzungs- bzw. Bebauungspläne zu Ungunsten der betroffenen Anwohner verändert werden dürfen?

zu Frage 6: Die Anpassung von bestehenden Bauleitplänen an den Stand der Technik obliegt den Gemeinden. Ein Eingreifen in die verfassungsrechtlich geschützte Planungshoheit durch die Landesregierung wäre unzulässig. In nachfolgenden Verfahren sind Bauleitpläne zu beachten, sofern sie nicht offensichtlich rechtswidrig sind.